

Sehr geehrte Damen und Herren

Lange habe ich darauf verzichtet, Privaten oder gar der Öffentlichkeit zu den Vorkommnissen im Asylheim Reinach oder zu meiner persönlichen Situation in Zusammenhang mit meinem Arbeitsverhältnis mit der Gemeinde Reinach Auskünfte zu geben. Da die Einigungsverhandlungen zwischen den Anwälten der Gemeinde und meinem Anwalt gescheitert sind, weshalb ich nun meine Rechte auf dem Prozessweg verteidigen muss, finde ich, dass ein berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit daran besteht, endlich auch eine Darstellung der Ereignisse aus meiner Sicht zu vernehmen, nachdem inzwischen monatelang eindimensionale, von jeder Selbstkritik befreite öffentliche Verlautbarungen von Seiten der Gemeinde verbreitet werden sind.

Mir ist bewusst, dass ein Asylzentrum ein Arbeitsplatz ist, wo sich Menschen begegnen, und wo sich Menschen begegnen, entstehen Reibungsflächen unterschiedlichster Art. Umso wichtiger ist es dann, dass bei Konflikten (ob zwischen Menschen, im Arbeitsverhältnis oder mit dem Gesetz) professionell, das heisst sowohl gesetzlich korrekt als auch moralisch und ethisch vertretbar gehandelt wird.

In unserem Asylzentrum gab es etliche Vorfälle, die durch die Medien publik geworden sind und mit denen die Strafverfolgungsbehörden zurzeit beschäftigt sind. Leider dauerte es Monate, bis meine Vorgesetzten mögliche Straftaten den zuständigen Behörden weitermeldeten, und dies obwohl sie in den Medien immer wieder angaben, stets sofort und angemessen reagiert zu haben.

Zur Entscheidung meiner Vorgesetzten, die möglichen Straftaten (Monate später) schliesslich doch noch an die Staatsanwaltschaft weiterzuleiten, kam es nur, weil ich auf unserer Meldepflicht beharrte und es nicht einfach hinnehmen konnte, wenn meine Vorgesetzten ihre gesetzliche oder zumindest moralische Verantwortung nicht wahrnahmen. Für mich waren solche Unterlassungen nicht akzeptabel!

Für meine Beharrlichkeit bezahlte ich einen Preis: Für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die Entscheidungen der Vorgesetzten beanstanden und sie als Fehlentscheidungen bezeichnen, scheinen die im Bereich Asyl Verantwortlichen (wie auch der Fall Andreas Pellegrini zeigt) ein wirksames Mittel gefunden zu haben: dieses wird aus der untersten Schublade gezogen. Es wurde auf entwürdigende, unmenschliche Art mit steigender Frequenz und Intensität auf mich eingehämmert. An meinem Arbeitsplatz wurde ich mit Kameras überwacht, in meiner Handlungsfähigkeit wurde ich so sehr beschnitten, und mein Arbeitsumfeld wurde für mich so unangenehm gestaltet, dass meine soziale Arbeit als Betreuerin kaum noch möglich war. Mir fällt kein anderes Wort als Mobbing dafür ein.

Obwohl ich mich nicht so leicht unter Druck setzen lasse, habe ich sehr unter dieser Situation gelitten. Nach fast 20 Jahren ausgesprochenem Lob für meine gute Arbeit erhielt ich plötzlich ungerechtfertigte schriftliche Verwarnungen, und es wurden neue Massnahmen vordergründig für das gesamte Team getroffen, welche aber konkret nur darauf abzielten, meine Person, mein Arbeitsgebiet und meine Vorgehensweise immer mehr einzuschränken. Hierfür gaben sich meine Vorgesetzten die allergrösste Mühe. Mögliche Täter von Übergriffen oder anderer Delikte – und es handelte sich in keinem der Vorfälle um Bagatellen – wurden von den verantwortlichen im Vergleich dazu schonungsvoll behandelt.

Ich hätte mir gewünscht, dass auch wenigstens nur eine Person aus der Leitungshierarchie ähnlich energisch vorgegangen wäre, um den Verdacht einer sexuellen Beziehung zwischen einer Mitarbeiterin und einem minderjährigen Heimbewohner aufzuklären, leider geschah das aber nicht. Inzwischen frage ich mich, ob sie die Werte und die Ethik der sozialen Arbeit überhaupt kennen.

Es ist mir ein Anliegen, nochmals zu sagen, dass es sich hierbei in erster Linie um einen Arbeitskonflikt handelt und dass dies nichts mit meiner Funktion als Einwohnerrätin – und schon gar nichts mit der Tatsache, dass mein oberster Chef und ich Mitglied der gleichen Partei sind – zu tun hat. Da der arbeitsrechtliche Rahmen jedoch bereits gesprengt wurde und schon längst eine politische Dimension erreicht hat, begrüsse ich nebst einer juristischen auch eine politische Aufarbeitung.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Medien bedanken, die den widersprüchlichen und lückenhaften Medienmitteilungen der Gemeinde Reinach kritisch gegenübergetreten sind, meinen Freunden, die mich, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit oder ihrer Beziehung zu meiner Arbeitgeberin, unterstützt und mir den Rücken gestärkt haben, und den vielen Menschen, die mich telefonisch und schriftlich kontaktiert und mir in verschiedenster Form ihre Unterstützung angeboten haben. Nebst der Gewissheit, dass ich nichts falsch gemacht habe, und dem Wissen, dass ich für Gerechtigkeit kämpfe, sind es sie, die mir den Mut geben, nicht aufzugeben.

Ich grüsse Sie freundlich

Farideh Eghbali